

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend den vollständigen und konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass

1. unions- und völkerrechtliche Schritte gegen die Slowakei und Tschechien betreffend den weiteren Ausbau der dortigen Atomkraftwerke geprüft und eingeleitet werden sowie zivilrechtliche Unterlassungsklagen der Bundesländer gegen den Betrieb von besonders riskanten Grenz-AKW unterstützt und mitgetragen werden;
2. der Anti-Atomaktionsplan der Bundesregierung konsequent umgesetzt und eine Anti-Atom-Allianz auf europäischer Ebene angestrebt wird, die sich für den gesamteuropäischen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzt;
3. eine Initiative gegen die Verwendung österreichischer Steuergelder für die Interessen der Atombetreiber gestartet wird;
4. im Zuge der Ökostromgesetz-Novelle ausreichende Maßnahmen für die vollständige Vermeidung von Atomstromimporten Österreichs bis zum Jahr 2015 gesetzt werden – wie ein neues Ökostromgesetz, das den Ausbau von Ökostrom unter Berücksichtigung einer Belastungsobergrenze für private Haushalte und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen attraktiviert;
5. die Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate für die Finanzierung einer Energieeffizienz- und –sparoffensive, sowie für die Restfinanzierung des Ausbaues der Ökostromnutzung verwendet werden;
6. ein konkretes Maßnahmenpaket gegen die sogenannte "Energiearmut" erarbeitet werden soll.

Begründung

Die Atomkatastrophe in Fukushima hat 25 Jahre nach dem Supergau von Tschernobyl ein weiteres Mal bewiesen, dass die Atomenergie vom Menschen nicht beherrschbar und daher ihre Anwendung nicht zu verantworten ist. Viele Staaten denken nun um und haben ein Moratorium oder - wie etwa Deutschland und die Schweiz - den vollständigen Ausstieg beschlossen. Gerade die sofortige Stilllegung des Risiko-AKW Isar1 ist einer der größten bisherigen Erfolge der Antiatompolitik Oberösterreichs und ein elementarer Sicherheitsgewinn für unser Land. Wir wollen daher diesen Anti-Atom-Kurs konsequent und verstärkt fortsetzen, um auch bei unseren nördlichen Nachbarn – wie Tschechien und die Slowakei - eine nachhaltige Kursänderung zu erreichen.

Mit unions- und völkerrechtlichen Schritten gegen Tschechien sollen endlich die im Melker Abkommen zugesagten Nachrüstungsmaßnahmen für das AKW Temelin umgesetzt werden sowie der weitere Ausbau von Temelin und Mochovce gestoppt werden.

Außerdem plant Oberösterreich in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern Unterlassungsklagen gegen jene grenznahen AKWs, die ohne echtem Containment betrieben werden, einzubringen.

Um die oberösterreichische Bevölkerung wirkungsvoll und nachhaltig vor Atomgefahren schützen zu können, müssen verstärkt Anstrengungen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene unternommen werden. Ausdrücklich als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung begrüßt wird außerdem die Ankündigung der Bundesregierung, bei ihrer Klausur Ende Mai 2011 die Atomstromimporte nach Österreich zu stoppen, weil gerade grenznahe Atomkraftwerke, wie Temelin, rein auf den Export ausgerichtet sind.

Deshalb ist der Ökostromausbau zu forcieren, wobei aber auch ein Maßnahmenpaket für jene Personen zu entwickeln ist, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse von "Energiearmut" betroffen sind. Bei der Umsetzung der Energiestrategie des Bundes muss deshalb ein Augenmerk auf sozial schwache Menschen gelegt werden, die sich den Umstieg auf erneuerbare und effizientere Energien nicht leisten können und somit abhängig von stetig steigenden Energiepreisen sind.

Linz, am 7. Juni 2011

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)
Hirz, Schwarz, Buchmayr, Wageneder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Lackner-Strauss, Hingsamer, Pühringer, Ecker, Langer-Weninger, Schillhuber, Jachs, Schulz, Manhal, Baier, Höckner, Stanek, Dörfel, Hüttmayr, Frauscher, Brunner, Aichinger, Weinberger, Reisinger, Kirchmayr, Gattringer, Weixelbaumer, Schwarzbauer, Csar, Strugl, Bernhofer

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Affenzeller, Bauer, Röper-Kelmayr, Peutlberger-Naderer, Rippl, Müllner, Makor, Eidenberger